

ARM TROTZ ARBEIT?

Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn!

A 08 - 03095

**KEIN LOHN
UNTER 7,50**
Euro pro Stunde

Arbeit darf nicht arm machen.
Deshalb mit 7,50 Euro beginnen und
schrittweise auf 9 Euro erhöhen.

www.mindestlohn.de



IN WÜRDE LEBEN

ARM TROTZ ARBEIT.

Immer mehr erwerbstätige Menschen leben in Deutschland unter der Armutsgrenze. Sie arbeiten oft 60 Stunden und mehr in der Woche, um überhaupt über die Runden zu kommen. Ihre Jobs sind häufig dann, wenn andere Freizeit haben: nachts, samstags, und sonntags. Viele von ihnen sind trotz Vollzeitarbeit auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen.

5,5 Millionen Beschäftigte hatten 2006 Bruttolöhne unter 7,50 Euro pro Stunde. Das sind bei einer Gesamtzahl von etwas mehr als 30 Millionen Erwerbstätigen fast 20 Prozent. Gegenüber 2004 ist ihre Zahl um 20 Prozent gestiegen. Erhöht hat sich gegenüber 2004 auch die Zahl der Beschäftigten, die für weniger als 5 Euro brutto pro Stunde arbeiten.

Besonders betroffen sind

- Beschäftigte in Kleinbetrieben –
80 Prozent der Armutslohnbezieher-Innen arbeiten in Betrieben mit unter 100 Beschäftigten,
- Frauen – über 70 Prozent sind weiblich,
- Beschäftigte im Dienstleistungsbereich.

Im Gastgewerbe verdient über die Hälfte aller Beschäftigten unter 7,50 Euro, im Einzelhandel sind es fast 30 Prozent und im Gesundheits- und Sozialwesen über 12 Prozent. Die Zahl der Minijobs stieg zwischen 2000 und 2006 auf sechseinhalb Millionen. Gleichzeitig sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um zwei Millionen. Fast drei Viertel aller MinijobberInnen arbeiten für weniger als 7,50 Euro, bei den Beschäftigten in Vollzeit oder sozialversicherungspflichtiger Teilzeit sind es ungefähr 10 Prozent.

Ausgewählte Tarifvergütungen unter 7,50 €

Branche	Land/Region	Betrag in €
Bäckerhandwerk	Berlin West	6,22
	Berlin Ost	4,86
Bewachungsgewerbe, Separatwachdienst	Rheinland-Pfalz	5,35
	Thüringen	4,35
Einzelhandel	Niedersachsen	6,56
	Mecklenburg-Vorpommern	7,08
Fleischerhandwerk	Nordrhein-Westfalen	6,45
	Thüringen	5,49
Floristik	Baden-Württemberg	5,94
	Sachsen-Anhalt	4,35
Friseurhandwerk	Rheinhessen	4,99
	Sachsen-Anhalt	3,06
Hotel- und Gaststättengewerbe	Schleswig-Holstein	6,68
	Sachsen-Anhalt	5,00
Kfz-Handwerk	Schleswig-Holstein	6,67
	Mecklenburg-Vorpommern	5,09
Bundesverband Zeitarbeit Personal- Dienstleistungen (BZA)	West	7,38
	Ost	6,26
Interessenverband Deutscher Zeitarbeits- unternehmen (IGZ)	West	(ab Nov. 08)
	Ost	



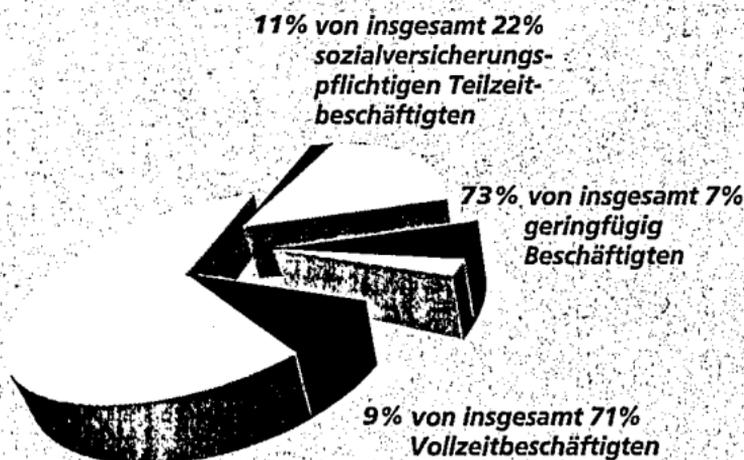
Quelle: WSI-Tarifarchiv, ver.di-Tarifarchiv, Stand: Juni 2008

A 08 - 03095

Hartz IV hat den Druck auf Arbeitslose erhöht: Mit der Verschärfung der „Zumutbarkeitsregelung“ werden sie faktisch gezwungen, Arbeit um jedem Preis anzunehmen. Die einzige Bremse ist dann nur noch die „Sittenwidrigkeit“. Als sittenwidrig gilt ein Lohn allerdings erst, wenn er mindestens 30 Prozent unter dem tariflichen bzw. ortsüblichen Lohn liegt. Löhne von drei Euro und weniger sind demnach zumutbar. Damit geraten auch normale Tariflöhne unter Druck.

Wem hilft der Mindestlohn von 7,50 Euro?

5,5 Millionen = 20% aller Beschäftigten



7,50 Euro in der Stunde würde für 9% der Vollzeitbeschäftigten, 11% der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten und für 73% der Beschäftigten in Minijobs eine Lohnerhöhung bedeuten.

Quelle : IAQ – Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen, 2008 (Auswertung SOEP 2006)

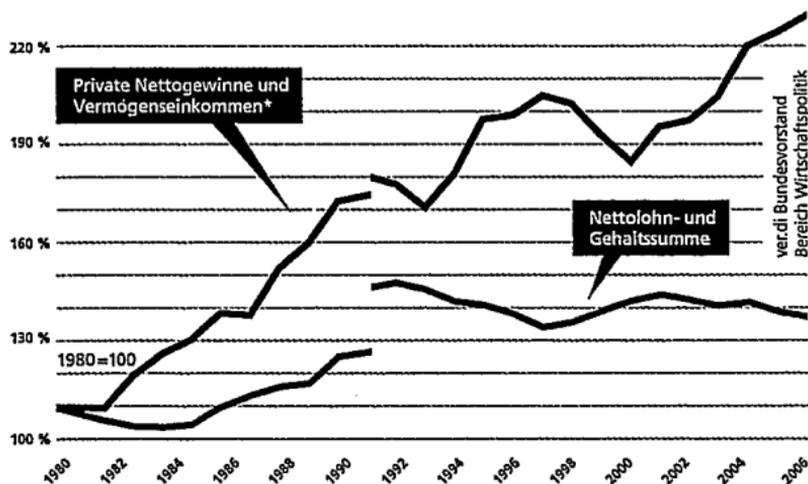
ARMUT NIMMT ZU, REICHTUM AUCH!

Das Volkseinkommen ist zwischen 2000 und 2007 um knapp 300 Milliarden Euro oder 20 Prozent gewachsen. Das haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeitet. Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind in diesem Zeitraum massiv um 220 Milliarden Euro oder 52 Prozent gestiegen. Für die vielen Beschäftigten blieben gerade einmal 80 Milliarden Euro – ein Zuwachs in sieben Jahren von lediglich 7,4 Prozent.

In den letzten drei Jahren ist unsere Volkswirtschaft deutlich gewachsen: um sieben Prozent. Aber, wer profitierte vom Aufschwung? Die Einkommen privater Haushalte sind, preisbereinigt, kaum gestiegen. Der Aufschwung ist also bislang nicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angekommen.

Einkommenschere öffnet sich immer weiter

Entwicklung der Nettoealeinkommen

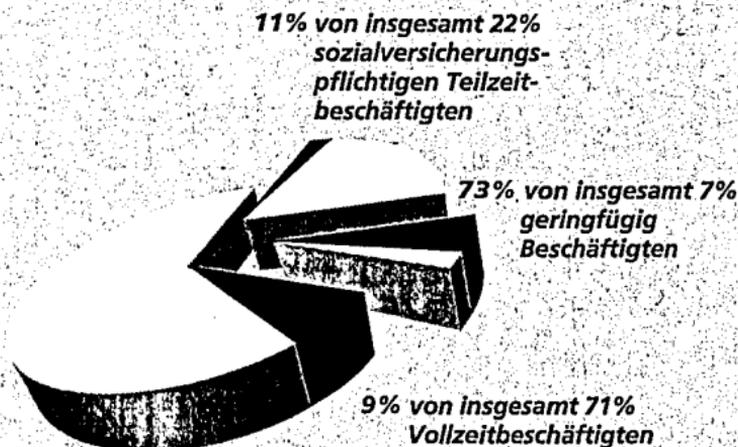


* Unternehmens- und Vermögenseinkommen abzüglich der des Staates, abzüglich veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht-veranlagte Steuern vom Ertrag und Vermögensteuer. Preisbereinigt mit dem Index für die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen. Sprung 1991 durch deutsche Vereinigung.

Hartz IV hat den Druck auf Arbeitslose erhöht: Mit der Verschärfung der „Zumutbarkeitsregelung“ werden sie faktisch gezwungen, Arbeit um jedem Preis anzunehmen. Die einzige Bremse ist dann nur noch die „Sittenwidrigkeit“. Als sittenwidrig gilt ein Lohn allerdings erst, wenn er mindestens 30 Prozent unter dem tariflichen bzw. ortsüblichen Lohn liegt. Löhne von drei Euro und weniger sind demnach zumutbar. Damit geraten auch normale Tariflöhne unter Druck.

Wem hilft der Mindestlohn von 7,50 Euro?

5,5 Millionen = 20% aller Beschäftigten



7,50 Euro in der Stunde würde für 9% der Vollzeitbeschäftigten, 11% der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten und für 73% der Beschäftigten in Minijobs eine Lohnerhöhung bedeuten.

Quelle : IAQ – Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen, 2008 (Auswertung SOEP 2006)

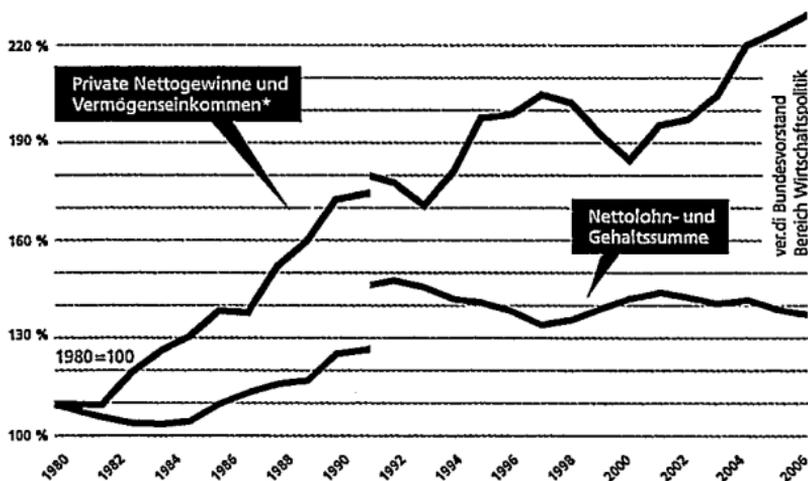
ARMUT NIMMT ZU, REICHTUM AUCH!

Das Volkseinkommen ist zwischen 2000 und 2007 um knapp 300 Milliarden Euro oder 20 Prozent gewachsen. Das haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeitet. Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind in diesem Zeitraum massiv um 220 Milliarden Euro oder 52 Prozent gestiegen. Für die vielen Beschäftigten blieben gerade einmal 80 Milliarden Euro – ein Zuwachs in sieben Jahren von lediglich 7,4 Prozent.

In den letzten drei Jahren ist unsere Volkswirtschaft deutlich gewachsen: um sieben Prozent. Aber, wer profitierte vom Aufschwung? Die Einkommen privater Haushalte sind, preisbereinigt, kaum gestiegen. Der Aufschwung ist also bislang nicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angekommen.

Einkommenschere öffnet sich immer weiter

Entwicklung der Nettoealeinkommen

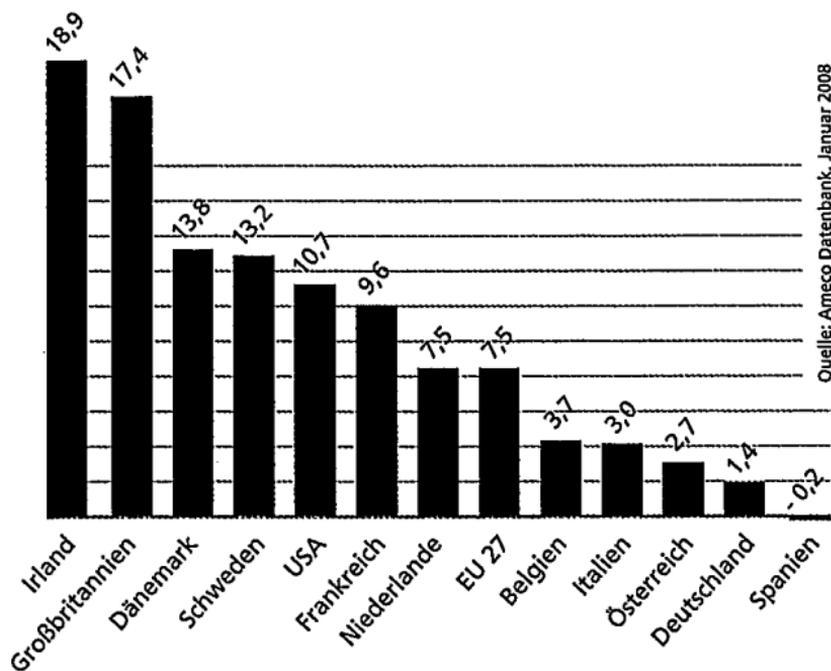


* Unternehmens- und Vermögenseinkommen abzüglich der des Staates, abzüglich veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht-veranlagte Steuern vom Ertrag und Vermögensteuer. Preisbereinigt mit dem Index für die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen. Sprung 1991 durch deutsche Vereinigung.

EUROPA VERDIENT BESSER!

Es wird oft behauptet, in Deutschland seien die Löhne zu hoch, die Arbeitszeiten zu kurz, und deshalb sei unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Stimmt das? In keinem Land Europas haben sich die Löhne so schlecht entwickelt wie bei uns. Die Reallöhne sanken meist, die Lohnstückkosten blieben weit unterm europäischen Durchschnitt, die Produktivität wuchs, und Deutschland holte sich einen Exportweltmeistertitel nach dem anderen.

Entwicklung der Reallöhne 2000 bis 2007 in %



NIEDRIGLOHN-EPIDEMIE

Die Gräben in unserer Gesellschaft werden immer tiefer. Zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital- und Erwerbseinkommen, aber auch zwischen hohen und niedrigen Arbeitnehmereinkommen. Während Managergehälter in astronomische Höhen klettern, die Löhne in der Exportindustrie deutlich zulegen konnten, wurden weite Dienstleistungsbereiche von der Entwicklung abgehängt und zur Niedriglohzone.

Der Niedriglohnsektor* in Deutschland wuchs schneller als in jedem anderen Land: in den letzten zehn Jahren um 43 Prozent. Mehr als jeder fünfte Beschäftigte bekommt für seine Arbeit nur einen Niedriglohn! Damit haben wir inzwischen das Niedriglohnland Großbritannien eingeholt und sind von den berüchtigten „amerikanischen Verhältnissen“ – hier arbeitet jeder vierte im Niedriglohnsektor – nicht mehr weit entfernt.

Die Epidemie breitet sich aus und wird zunehmend aggressiver: Der durchschnittliche Stundenlohn in Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren gesunken, die Zahl der Beschäftigten mit Löhnen unter fünf Euro ist gestiegen.

Schützt Bildung vor Niedriglöhnen? Drei Viertel der Niedriglohn-Beziehenden hat eine abgeschlossene Ausbildung, Tendenz zunehmend.

Chance auf Heilung? Die ist in Deutschland besonders schlecht. Sehr wenig Menschen schaffen den Sprung hinauf zu einem höheren Erwerbseinkommen.

*Quelle : IAQ – Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen, 2008
(Auswertung SOEP 2006)*

*Arbeitsentgelte, die 2/3 oder weniger des Medianlohnes betragen, werden als Niedriglöhne bezeichnet. Der Median trennt die obere von der unteren Hälfte der Erwerbseinkommensbeziehenden.

SINKENDE LÖHNE – WENIGER ARBEITSLOSIGKEIT?

Viele Ökonomen und Politiker betreiben ganz gezielt die Absenkung der Löhne und die Ausweitung des Niedriglohnsektors. Sie glauben an das Märchen vom markträumenden Lohn. Das erzählt, dass die Arbeitslosigkeit sinken würde und sogar vollkommen abgebaut werden könnte, wenn die Löhne nur niedrig genug wären.

Diese Behauptung ist durch die Wirklichkeit vielfach widerlegt: Seit 1995 sind die Reallöhne in Deutschland gefallen – und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen! In allen anderen EU-Ländern gab es dagegen Lohnzuwächse – und die Arbeitslosigkeit ging zurück. In Deutschland ging erst im Aufschwung die Arbeitslosigkeit wieder zurück.

Wenn es richtig wäre, dass niedrige Löhne zu mehr Arbeitsplätzen führen würden, dann hätte es in Ostdeutschland einen deutlichen Beschäftigungszuwachs geben müssen. Tatsächlich ist aber genau das Gegenteil eingetreten! Konjunktur und Nachfrage werden nämlich durch steigende Löhne angekurbelt. Durch Lohnverzicht entstehen keine Arbeitsplätze, sondern Arbeitsplätze werden vernichtet.

„Jeder, der Arbeit sucht, findet Arbeit, wenn man zulässt, daß der Lohn weit genug fällt.“

Hans Werner Sinn (Direktor des Ifo-Instituts, München)

VON DER ARBEIT MUSS MAN LEBEN KÖNNEN

Immer mehr Menschen sind arm und von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen – trotz Vollzeitarbeit. Armutslöhne verstoßen gegen soziale Grundrechte und gegen die Menschenwürde.

Der Grundgedanke des Sozialstaats, dass Menschen ohne Vermögen wenigstens durch ihre Arbeit an den Zuwächsen des von allen erwirtschafteten Reichtums beteiligt werden, wird durch diese Entwicklung in sein Gegenteil verkehrt. Vollzeitwerbsarbeit muss eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Warum ist das nicht selbstverständlich – zumal in einem der reichsten Länder der Welt? Deshalb wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, der schrittweise auf neun Euro steigen soll.

„Für jede Beschäftigung ist ein gerechtes Entgelt zu zahlen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, dass entsprechend den Gegebenheiten eines jeden Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird, das heißt ein Arbeitsentgelt, das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben.“

(Titel 5, Abs. 1) EU-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer (1989)

„Wenn in einem Land die Arbeiter schlecht bezahlt werden, ist das ein Anzeichen dafür, dass dieses Land im Stillstand verharrt oder gar im Niedergang begriffen ist.“

Adam Smith

VON DEN NACHBARN LERNEN!

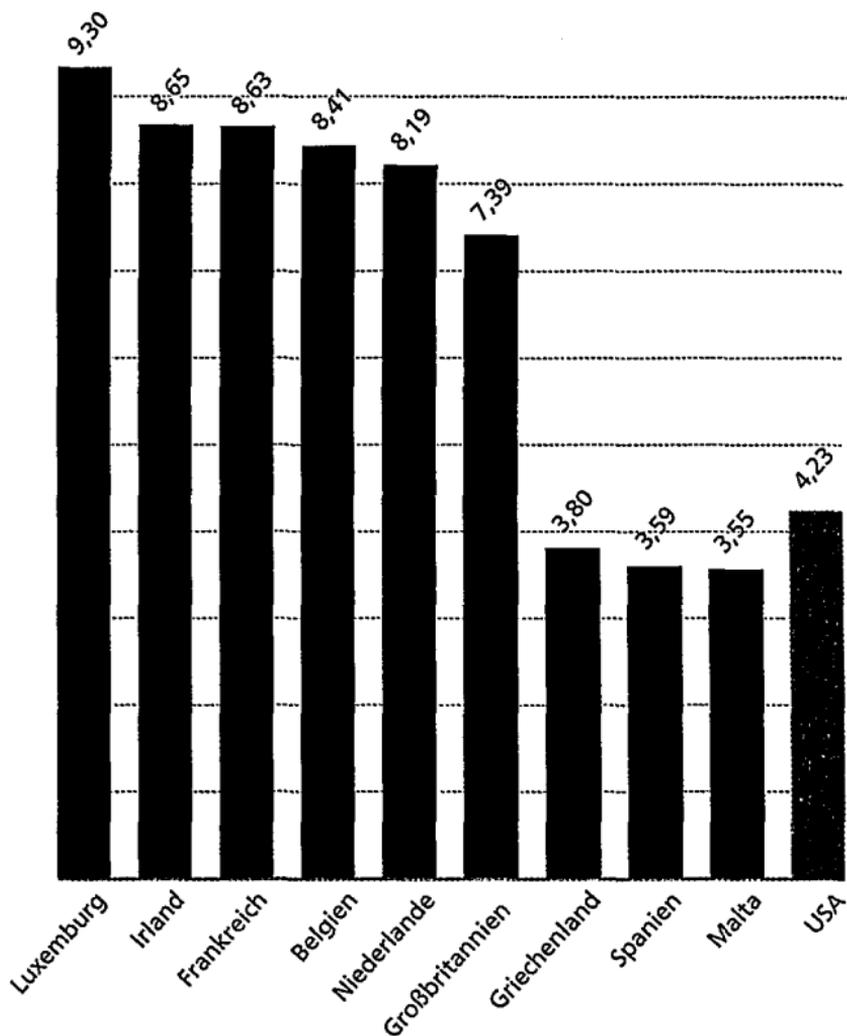
Unsere europäischen Nachbarn haben mehrheitlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht: Nirgendwo war der Mindestlohn schädlich für die Beschäftigung – im Gegenteil. Vielfach stieg die Beschäftigung und überall wurden Lohnunterschiede und die Lohndiskriminierung von Frauen reduziert.

Die Mindestlöhne in Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Ländern liegen bereits zwischen 8,41 Euro in Belgien und 9,30 Euro in Luxemburg. Das wollen wir auch erreichen!

Zuwächse bei Mindestlohn und Beschäftigung in Großbritannien



Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde in Euro (Stand Mai 2008)



Gesetzlich festgelegter Stundenlohnsatz: Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Irland, USA;
Berechneter Stundensatz auf der Grundlage folgender Wochenarbeitszeiten:
40 Stunden: Griechenland, Malta, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Litauen, Lettland, Bulgarien,
Rumänien; 39 Stunden: Slowakei; 38,5 Stunden: Spanien, Portugal; 38 Stunden: Belgien,
Tschechien; 37-Stunden: Niederlande.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen, WSI

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN GESETZLICHEN MINDESTLOHN

Arbeit darf nicht arm machen

Deshalb mit 7,50 Euro beginnen und schrittweise auf 9 Euro erhöhen.

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro

- entsteht ein von allen anerkanntes Mindestniveau, das unwürdige Löhne verhindert,
- werden Armutslöhne dort bekämpft, wo keine Tarifverträge existieren oder die Gewerkschaften zu schwach sind, einen existenzsichernden Lohn durchzusetzen,
- wird die Lohndiskriminierung von Frauen abgebaut,
- wird ein weiteres Abrutschen der Löhne verhindert.

Unterstützen Sie uns:

SMS mit „Mindestlohn, Vorname, Nachname und Wohnort“ **an 7 26 26 senden**. Normale SMS-Gebühr · keine Weitergabe · Veröffentlichung ohne Telefonnummer auf der Unterschriftenliste von:

**KEIN LOHN
UNTER 7,50**
Euro pro Stunde



www.mindestlohn.de

IN WÜRDE LEBEN